

Südasiens als sicherheitspolitische Herausforderung

Kreft, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kreft, H. (2000). Südasiens als sicherheitspolitische Herausforderung. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 205-221.
<https://doi.org/10.11588/ijb.2000.0.1203>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:16-ijb-12036>

Südasiens als sicherheitspolitische Herausforderung

von
Heinrich Kreft¹

Seit dem 11. Mai 1998 steht die internationale Staatengemeinschaft in Südasiens vor einer neuen großen sicherheitspolitischen Herausforderung. An diesem Tag schockierte Indien die Weltöffentlichkeit mit der Explosion von drei nuklearen Sprengsätzen - zwei Tage später folgten zwei weitere Nukleartests. Die indische Regierung erklärte das Land ausdrücklich zum Kernwaffenstaat und zur Weltmacht mit einem Anspruch auf eine ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.²

Pakistan, das ebenfalls bereits seit langem zu den „nuklearen Schwellenländern“ gezählt wurde, reagierte auf diese Provokationen mit scharfen Protesten und eigenen Vorbereitungen für Nuklearversuche. Am 28. Mai zündete Pakistan seinerseits gegen erheblichen internationalen Druck fünf Kernsprengsätze und zwei Tage später einen weiteren. Die pakistanische Regierung verkündete, dadurch mit Indien gleichgezogen zu haben.

Indien hatte die Vorbereitungen für seine Atomtests erfolgreich vor den amerikanischen Aufklärungssatelliten geheim halten können, sodass der Zeitpunkt der Versuche überraschte, nicht jedoch die Entscheidung selbst. Der Entscheidungsprozess bezüglich einer offenen Nuklearisierung vor Ablauf der Ratifizierungsfrist des Teststoppabkommens (CTBT - Comprehensive Test Ban Treaty) dürfte bereits Mitte 1995 eingesetzt haben. Der Regierungsantritt der hindunationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) unter Premier-

¹Der Autor vertritt ausschließlich seine persönliche Meinung.

²Atal Bihari Vajpayee, „India is now a nuclear weapons state“, Interview, in: *India Today*, 25. Mai 1998, S.38-40; Amy Louise Kazmin, Quentin Peel, „Explosion of self-esteem“, in: *Financial Times*, 13. Mai 1998.

minister Vajpayee, die seit langem die offene Nuklearisierung gefordert hatte, beschleunigte diesen Prozess.³

Durch die offene Nuklearisierung hat sich die Sicherheitslage in Südasien fundamental geändert. Es besteht die Gefahr eines nuklearen Wettrüstens, auch wenn hierfür auf pakistanischer Seite enge wirtschaftliche Grenzen gesetzt sind. Der indische Entwurf einer Nukleardoktrin (nukleare „Minimal“-Abschreckung mit Zweitschlagskapazität) hat in Pakistan erwartungsgemäß heftige Reaktionen hervorgerufen, obwohl ihre Finanzierbarkeit mehr als fraglich ist. Das Risiko eines nuklearen Schlagabtauschs zwischen Indien und Pakistan wird als größer erachtet als zwischen den USA und der Sowjetunion während des Kalten Krieges.⁴ Präsident Clinton bezeichnete Südasien zehn Tage vor seinem offiziellen Besuch auf dem Subkontinent (22.-25.3.2000) als „the most dangerous place in the world right now“.⁵ Während die USA und die Sowjetunion nie in einen direkten militärischen Konflikt miteinander verwickelt waren, haben Indien und Pakistan in den gut 50 Jahren ihrer Unabhängigkeit nicht weniger als drei Kriege gegeneinander geführt, und während des 10-wöchigen Kargil-Konflikts im Sommer 1999 kam es zur gefährlichsten konventionellen Auseinandersetzung zweier Nuklearstaaten, während der beide Seiten mehrfach mit einem atomaren Schlag drohten.⁶ Der Konflikt im Himalaja kostete auf indischer Seite mehr als 400 Soldaten das Leben und führte zum Zusammenbruch des gerade aufgenommenen Dialogs zwischen Indien und Pakistan (Lahore-Prozess). Bis heute vergeht kaum ein Tag, an dem es im von beiden Seiten beanspruchten Kaschmir nicht zu Schusswechseln und Artilleriegefechten zwischen beiden Parteien kommt. Am Vorabend des Clinton-Besuchs wurden im indischen Teil Kaschmirs 36 Sikhs brutal ermordet, der schwerste Angriff auf Zivilisten seit vielen Jahren.

³Jaswant Singh, „Against Nuclear Apartheid“, in: *Foreign Affairs*, 77, 5, September/ Oktober 1998; „The answer to an atom bomb is an atom bomb, nothing else“, Vajpayee said in 1964, after China's first test“, zitiert von John Barry, Tony Clifton, Sudip Mazumdar, Russel Watson, „Why Only a Bomb Would Do“, in: *Newsweek*, 19. Oktober 1998, S.24-27.

⁴So Annette Schaper, „Bombenstimmung in Indien und Pakistan“, in: *Spektrum der Wissenschaft*, Juli 1998, S.110-113 und Raj Chengappa, Manoj Joshi, „Hawkish India“, in: *India Today*, 1. Juni 1998.

⁵Zitiert im *Economist*: „India and Pakistan. The elephant and the pekinese“, 24.3.2000, S.23.

⁶So Praful Bidwai in der indischen Zeitschrift *Economic and Political Weekly*, laut Erhard Haubold: „Indien und Pakistan vor einem heißen Sommer. Auf dem Subkontinent gibt es wieder einmal Kriegsgerüchte. Eine neue Qualität des Kaschmir-Konfliktes“, FAZ, 17.3.2000; und so auch M.B. Naqui, „Being on nuclear rollercoaster“ (<http://www.dawn.com/2000/02/21.op.htm>).

1 Das regionale Konfliktpotenzial und seine Ursachen

Die Rivalität zwischen Indien und Pakistan, die die bilateralen, regionalen und internationalen Beziehungen in Südasien prägt, geht auf die Teilung Britisch Indiens 1947 zurück. Brennpunkt des Konfliktes ist seither die ungeklärte Frage der Zugehörigkeit Kaschmirs. Im Kern geht es um das friedliche Zusammenleben von Hindus und Muslimen auf dem indischen Subkontinent.

Gegen die Befürworter der Einheit mit Gandhi und Nehru an der Spitze konnte sich der Führer der Moslemliga Jinnah mit seiner sog. „Zwei-Nationen-Theorie“ durchsetzen. Die Teilung, die zur Umsiedlung von über 10 Millionen Menschen unter unvorstellbaren Gräueln führte, wurde zum Trauma für beide (heute drei) Staaten. Trotz der Umsiedlung leben in Indien heute neben 830 Millionen Hindus auch 125 Millionen Muslime, fast so viel wie in Pakistan (140 Millionen) und genauso viel wie in Bangladesch.

Um dem mehrheitlich von Muslimen bevölkerten und formal unter einem Hindukönig unabhängigen Kaschmir kam es nur wenige Wochen nach der Unabhängigkeit zum ersten indisch-pakistanischen Krieg, der 1948 durch Vermittlung der VN mit der Teilung endete. Seit dieser Zeit ist die Zugehörigkeit des indischen Teils von Kaschmir immer wieder Anlass für politische und militärische Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern. Ein von den VN gefordertes und von Nehru ursprünglich zugesagtes sowie von Pakistan immer wieder angemahntes Referendum über die endgültige Zugehörigkeit Kaschmirs wird von Indien abgelehnt. (Indien hat Kaschmir bereits in den 50er Jahren zu einem Bundesstaat der Indischen Union gemacht.) Stattdessen besteht Indien auf bilateralen Verhandlungen, wie mit Pakistan im Friedensabkommen von Simla (1972) nach dem für Indien siegreichen dritten indo-pakistanischen Krieg vereinbart.

2 Kaschmir - Symbol des Selbstverständnisses beider Staaten

Für Pakistan steht in Kaschmir die eigene Staatsidee, nämlich das Recht auf Selbstbestimmung und Zusammengehörigkeit aller Muslime Südasiens, auf dem Spiel.

Für Indien ist Kaschmir der einzige Bundesstaat mit muslimischer Mehrheit und damit ein Beleg für den pluralistischen Charakter und die Integra-

tionskraft der Indischen Union. Seine Abtrennung könnte zudem separatistischen Ambitionen anderer Volksgemeinschaften Auftrieb geben.

Die Betonung der Religion durch Pakistan stellt die Idee Indiens als eines säkularen Staates grundsätzlich in Frage. Die Betonung des Säkularismus und des Pluralismus - wie in der indischen Verfassung - untergräbt wiederum die religiöse Legitimation Pakistans. Beide Vorstellungen stehen sich unversöhnlich gegenüber, da sie die Zersplitterung bzw. die Absorption des jeweils anderen Staates implizieren.

Der Kaschmirkonflikt trug auch dazu bei, dass sich die Frontstellung des Kalten Krieges nach Südasien übertrug: Pakistan lehnte sich an die USA an. Indien wahrte zwar seine außenpolitische Unabhängigkeit, wandte sich aber nach dem indisch-chinesischen Krieg 1962 der UdSSR zu. China trat danach an die Seite Pakistans.

3 Indiens Anspruch auf Großmachtstatus und Führungsrolle in Südasien

Während der ersten vier Dekaden seit der Unabhängigkeit war Indiens Außenpolitik durch sein Engagement in der Bewegung der Blockfreien und die starke Bindung an die Sowjetunion geprägt. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Untergang der Sowjetunion ist Indien bemüht, seinen internationalen Standort neu zu bestimmen. Zunächst standen dabei die Öffnung gegenüber dem Westen und ein Ausbau der Beziehungen mit den Staaten Süd- und Südostasiens im Vordergrund. So wurde Indien im Juli 1996 Dialogpartner der ASEAN und Teilnehmer am ASEAN Regional Forum (ARF). Gleichzeitig „entdeckte“ Indien die South Asian Association of Regional Cooperation (SAARC) als ein Instrument verbesserter regionaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet.

Indien ist eine funktionierende, aber gleichwohl unsichere Demokratie mit Eigenschaften einer zu spät gekommenen Großmacht: laut in ihren Ansprüchen, leicht verletzbar und groß in Symbolik, die die eigene Unabhängigkeit demonstrieren soll. Vergleichsmaßstab ist China, das von Indien Mitte des nächsten Jahrhunderts als bevölkerungsreichste Nation abgelöst werden dürfte. Im Gegensatz zu Indien ist China anerkannte Atommacht, ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat und ein vom Westen heftig umworbener, wirtschaftlicher und politischer Partner. In den Augen vieler Indier lässt sich der „Statusvorsprung“ Chinas letztlich auf die chinesische Nuklearwaffe zurückführen. Vor

allem angesichts dieser Konkurrenz zu China sah Indien in dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen den inakzeptablen Versuch, die globale Zwei-Klassen-Gesellschaft zu zementieren.⁷

Pakistan kämpft seit der Unabhängigkeit um seine innenpolitische und staatsrechtliche Konsolidierung. Allein dreimal übernahm das Militär die Macht und verfügt auch heute noch trotz seines Rückzugs in die Kasernen im Jahre 1988 über erheblichen Einfluss. Seit seiner Gründung sieht sich Pakistan vor allem durch Indien, aber auch im Westen durch Afghanistan (Paschtunistan-Frage/Durand-Linie) bedroht. Auch wirtschaftlich droht Pakistan immer mehr gegenüber Indien ins Hintertreffen zu geraten. Erzielte Pakistan in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 4 Prozent, lag das indische Wachstum mit über 6,5 Prozent deutlich darüber.⁸

Indiens Anspruch auf eine regionale Führungsrolle in Südasien wurde von Pakistan nie akzeptiert. Angesichts der Übermacht Indiens suchte Pakistan immer wieder die Hilfe von Großmächten (USA, China) oder internationalen Organisationen.

Die damit verbundene Internationalisierung regionaler Konflikte (insbesondere Kaschmir) wurde von Indien wiederum als Bedrohung seiner nationalen Sicherheit betrachtet und verschärfte die bestehenden Konflikte.

Bei der derzeit etwas abgeflauten Diskussion über die Reform des VN-Sicherheitsrats neutralisieren sich beide Staaten gegenseitig. Während Indien einen eigenen ständigen Sitz anstrebt und sich als alleiniger asiatischer Kandidat versteht, ist Pakistan zu jeder Lösung bereit, die keine Schlechterstellung gegenüber Indien bedeutet. Für Indien ist in einem reformierten Sicherheitsrat nur die vollständige Gleichberechtigung mit China akzeptabel.

4 Bedrohungsperzeption Indiens und Pakistans

Aus dieser Konstellation ergibt sich das Bedrohungsgefühl Indiens und Pakistans, das immer als Rechtfertigung für den Ausbau des Militärs diene.⁹

⁷Jaswat Singh, „Against Nuclear Apartheid“, a.a.O; vgl. auch Waheguru Pal Singh Sidhu, *Enhancing Indo-US Strategic Cooperation*, Adelphi Paper 313, International Institute for Strategic Studies, New York 1997.

⁸Sushila Gosalia, „Indiens Aufstieg zu einem neuen Wirtschaftstiger - Anspruch und Realität“, in: *ASIEN*, 64, Juli 1997, S.60-80; John Adams, „Reforming India's Economy in an Era of Global Change“, in: *Current History*, 152, April 1996, S.151-157.

⁹Christian Wagner, „Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien“, in: *Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung*, 2, 1995.

In Pakistan gibt es nur ein Feindbild: Indien - vor allem wegen seiner Haltung in der Kaschmirfrage. Während der 80er Jahre kam durch die sowjetische Besetzung Afghanistans vorübergehend eine weitere Bedrohung hinzu.¹⁰

In Indien werden heute zwei (früher drei) Bedrohungsebenen unterschieden:

- Bilateral der Konflikt mit Pakistan.
- Im größeren regionalen Rahmen gilt China als weitaus größere Bedrohung, insbesondere seit der traumatischen Niederlage Indiens im Himalaja-Krieg von 1962. Die atomare Aufrüstung Indiens ist eine direkte Reaktion auf das chinesische Nuklearpotenzial, soll aber auch den Anspruch Indiens auf eine weltpolitische Rolle untermauern.
- In der Vergangenheit wurden auch die extraregionalen Mächte im Indischen Ozean - vor allem die USA mit ihrem Flottenstützpunkt Diego Garcia - als Bedrohung der indischen Sicherheit empfunden und dienten als Rechtfertigung für den Ausbau der indischen Marine.

Die Einbeziehung Chinas verkompliziert die Sicherheitslage in Südasien erheblich. Dadurch entsteht ein offenes Sicherheits- bzw. Bedrohungsdreieck zwischen China, Indien und Pakistan. Während Indien sich in erster Linie von China bedroht sieht und Pakistan als sekundäre Bedrohung betrachtet, fühlt sich Pakistan ausschließlich von Indien bedroht, steht aber selbst in einer strategischen Partnerschaft mit China, mit dem es auch nuklear- und raketentechnologisch zusammenarbeitet. Destabilisierend wirkt vor allem die Tatsache, dass diese offene Dreiecksbeziehung aus zwei Ungleichgewichten besteht. Indien ist China unterlegen und Pakistan Indien. Beim jeweils Unterlegenen ist die Versuchung groß, nuklear und ballistisch aufzurüsten, allerdings dürfte dadurch kein stabilisierendes Abschreckungsgleichgewicht zu erreichen sein.¹¹

¹⁰Heute wird der Afghanistankonflikt zwar einerseits als Bedrohung und Belastung empfunden (Gefahr des Übergreifens des islamischen Fundamentalismus, über 1 Mio. afghanische Flüchtlinge in Pakistan), andererseits hat Pakistan durch die Unterstützung der Taliban seinen Einfluss in Afghanistan erheblich vergrößert, aber dadurch seine Beziehungen zum Iran, Russland und den Staaten Zentrasiens belastet.

¹¹Vgl. Citha D. Maaß, „Indiens und Pakistans offene Nuklearisierung und ihre widersprüchlichen Folgen“, in: SWP-AP 3080, „Nach den Nukleartests in Südasien: Regionale und globale Auswirkungen“, September 1998, S.11f.

4.1 Rüstungswettlauf zwischen Indien und Pakistan

Die indische Armee ist mit 1,2 Mio. Soldaten (zusätzlich zahlreiche Sondereinheiten) die viertgrößte der Welt. Ihre Bedeutung ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen (zunehmender Einsatz bei innenpolitischen Konflikten), doch hat sie seit der Staatsgründung den zivilen Regierungen immer loyal gegenübergestanden. Im Gegensatz dazu spielt die Armee in Pakistan (580.000 Soldaten plus Sondereinheiten) innenpolitisch eine sehr viel aktivere Rolle. Die Phasen direkter militärischer Herrschaft (1958-69 und 1977-88) haben die politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Landes nachhaltig geprägt. Die Armee, die sich als Hüterin der nationalen Einheit versteht, gehört auch im heutigen demokratischen Pakistan zu den wichtigsten innenpolitischen Akteuren. Lagen die Verteidigungslasten beider Länder bis 1970 bei ca. 3-4% des BIP, stiegen die Lasten Pakistans seitdem erheblich an. 1994/95 betragen sie 7,1% des BIP, gegenüber 2,44% bei Indien. Auf Grund der hohen Belastung durch den Militärhaushalt stieg die Auslandsverschuldung Pakistans auf derzeit ca. 35 Mio. US-Dollar an. Während Indien sich um den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie bemühte, setzte Pakistan stärker auf Waffenimporte, vornehmlich aus den USA und China. Die Dynamik des Rüstungswettlaufs war in beiden Ländern immer eng mit bilateralen und internationalen Krisen verbunden.

Ein Vergleich der Streitkräfte zeigt auf allen Ebenen ein deutliches qualitatives und quantitatives Übergewicht Indiens.

Angesichts dieser Überlegenheit Indiens verwundert es nicht, dass sich Pakistan von Mitte der 70er Jahre an um Nuklearwaffen bemühte. Die Niederlage gegen Indien 1971, die Abspaltung Bangladeschs, die zugleich die Zwei-Nationen-Theorie als Staatsgrundlage nachhaltig erschütterte, die von Pakistan als demütigend empfundenen Vertragsbedingungen im anschließenden Friedensvertrag von Simla sowie die offiziellen Ankündigungen Indiens Anfang der 70er Jahre, ein eigenes nukleares Forschungsprogramm aufzulegen, gaben hierbei den Ausschlag.

4.2 Der nukleare Rüstungswettlauf

Nach dem indisch-chinesischen Krieg von 1962 und der chinesischen Kernexplosion von 1964 sah sich Indien einer atomaren Bedrohung ausgesetzt.¹²

¹²Zum nuklearen Rüstungswettlauf in Südasien siehe grundsätzlich: Hilary Synnott, *The Causes and Consequences of South Asia's Nuclear Tests*, Adelphi Paper 332, IISS, London 1999.

Das daraufhin begonnene Atomprogramm führte 1974 zum ersten als „zivil“ deklarierten Atomtest. Indien stellte diese Atomexplosion in keinen militärischen Kontext und leitete daraus auch keine Ansprüche auf den Status eines Kernwaffenstaates ab. In der Folge stellten bzw. schränkten Kanada und die USA ihre kerntechnologische Zusammenarbeit mit Indien ein. Indien dürfte heute über 20 bis 30 einfache Plutoniumkernwaffen verfügen. Der geschätzte Bestand an waffenfähigem Plutonium dürfte ausreichen, um daraus ca. 40 bis 50¹³ atomare Sprengköpfe herzustellen. Mit seinen Kampfflugzeugen kann Indien das gesamte pakistanische Gebiet atomar bedrohen. Die indischen Kurzstreckenraketen Prithvi eignen sich auf Grund ihrer begrenzten Reichweite (150-250 km) nicht als Nuklearwaffenträger. Die Mittelstreckenrakete AGNI ist noch nicht bei den Streitkräften eingeführt.¹⁴ Im April 1999 testete Indien eine AGNI-II-Rakete, worauf Pakistan am 14. bzw. 15. April mit Testflügen einer Gauri- und einer Shaheen-Mittelstreckenrakete reagierte. Es ist damit zu rechnen, dass Indien sich jetzt schwerpunktmäßig auf die Entwicklung nuklearer Sprengköpfe und deren Kompatibilität mit Trägersystemen konzentriert.

Die Nuklearisierung der Sicherheitspolitik ist seit längerem Bestandteil des Grundsatzprogramms der regierenden nationalhinduistischen Bharatiya Janata Party (BJP). Das Nuklearprogramm wird kaum in Frage gestellt, zu sehr gilt es als Symbol nationaler Größe und Souveränität.¹⁵

Pakistan nahm 1965 einen ersten Forschungsreaktor mit US-Hilfe in Betrieb, seit 1972 produziert das bislang einzige Kernkraftwerk Energie. Bereits 1965 erklärte der damalige Außenminister Bhutto, einer indischen eine eigene Atombombe entgegenzusetzen. Nachdem sich Pakistan bereits nach seiner Niederlage gegen Indien im Jahr 1971 bemüht hatte, die indische Überlegenheit durch die Entwicklung von Nuklearwaffen zu kompensieren, wurden diese Bemühungen nach dem indischen Atomtest von 1974 erheblich ausgeweitet. Über den Weg der Urananreicherung konnte Pakistan in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sein Ziel erreichen. Seit Beginn der 90er Jahre dürfte Pakistan jährlich hochangereichertes Uran für drei bis vier Sprengköpfe produzieren. Vor allem durch die enge rüstungstechnologische Kooperation mit China sollen

¹³Gemäß anderer Schätzungen 65-90; David Albright, Frans Berkout and William Walker, *Plutonium and Highly Enriched Uranium 1996: World Inventories, Capabilities and Policies*, New York 1997, S.269.

¹⁴Zu Indiens Raketenprogramm siehe Dinshaw Mistry, „India's Emerging Space Program“, in: *Pacific Affairs*, 1, 1998, S.151-174.

¹⁵Bernard Imhasly, „Indien feiert seine Atomtests“, in: TAZ, 15. Mai 1998; „Euphorie in Indien nach den Atomversuchen“, in: NZZ, 13.5.1998.

die Baupläne für nukleare Sprengkörper nach Pakistan gekommen sein. Pakistan verfügte vor den Tests nach Schätzungen über 10 bis 20 einfache Uran-kernwaffen, die mit speziell umgebauten F-16- Kampfflugzeugen transportiert werden können. Das gegenwärtige pakistanische Kernwaffendesign dürfte sich nicht für eine Verbringung mit der in der Entwicklung befindlichen Mittelstreckenrakete Ghauri sowie den chinesischen M-11-Raketen eignen. Pakistan arbeitet an der Entwicklung von Plutoniumkernwaffen, die sich für Raketen als Nuklearwaffenträger besser eignen. Pakistan hat im Frühjahr eine eigene Plutoniumproduktion aufgenommen.

Indien dürfte gegenüber Pakistan sowohl beim Kernwaffenbau als auch bei der Entwicklung nuklearer Gefechtskörper über einen deutlichen Vorsprung verfügen.

Mit Pakistans zunehmender konventioneller Unterlegenheit gegenüber Indien wird die Raketenrüstung, die „Nuklearisierung“ und der Aufbau einer „Strategie der nuklearen Abschreckung“ gerechtfertigt.

Auch in Pakistan findet das Nuklearprogramm - trotz der hohen Kosten - die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung.

Während sich die indische Gesellschaft durch eine kritische öffentliche Meinung auszeichnet, gibt es eine solche in Pakistan nur in Ansätzen und ist – nicht erst seit dem Militärputsch – stärkerer Repression ausgesetzt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in beiden Ländern und ihre internationale Abhängigkeit werden einer populistischen Instrumentalisierung der Nuklearpolitik allerdings Grenzen setzen, insbesondere in Pakistan.

5 Folgen der offenen Nuklearisierung

5.1 Beeinträchtigung von Sicherheit und Stabilität in Südasien

Die Grenze zwischen Indien und Pakistan ist gegenwärtig eine der konfliktträchtigsten Regionen der Welt. Zwei der drei indo-pakistanischen Kriege und mehrere andere Krisen sind durch Aufständische in Kaschmir (1947/48, 1990) bzw. durch innenpolitische Turbulenzen (1971 Sezession Ostpakistans, 1987 Sikh-Unruhen im Punjab) ausgelöst worden. Weder die politische Führung in Islamabad noch Delhi wollten den Konflikt, doch beide waren unfähig, die Krisen erfolgreich zu managen. Die inakzeptabel hohen menschlichen und materiellen Verluste eines Nuklearkrieges werden zwar voraussichtlich die politischen Führungen in beiden Ländern bis zu einem gewissen Grad disziplinieren

und damit langfristig konfliktdämpfend wirken, kaum jedoch die Faktoren beeinflussen, die in der Vergangenheit wiederholt Krisen ausgelöst haben, der Kargil-Konflikt ist dafür ein alarmierendes Beispiel. Derartige Krisen können nunmehr nuklear eskalieren. Damit war allerdings schon vor den Tests zu rechnen.

Da sich die Atompotenziale noch im Aufbau befinden, wächst die Versuchung, die gegnerischen Entwicklungen durch einen präventiven Erstschlag auszuschalten.¹⁶ Gegen die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Eskalation spricht allerdings, dass Nuklearwaffen sich am wenigsten für einen Einsatz in einem Grenzkonflikt eignen: Die geographischen, klimatischen und demographischen Bedingungen bringen es mit sich, dass jeder Nukleareinsatz auf dem Subkontinent nicht ohne gravierendste Folgen für denjenigen bliebe, der diesen Einsatz durchführt. Die Geschichte des Ost-West-Konflikts zeigt, dass es eines langwierigen und komplexen Lernprozesses bedarf, um mit der „Bombe“ leben zu lernen. Zum Aufbau eines stabilen Abschreckungssystems müssen entsprechende Verfahren, Verhaltensmuster und Institutionen entwickelt bzw. aufgebaut werden. Dazu gehören u.a. eine entsprechende Militärdoktrin, Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen, Vorwarnsysteme und „heiße Drähte“. Es bedarf in beiden Ländern noch erheblicher Aufklärungsarbeit, um die realistischen Folgen eines nuklearen Schlagabtausches in den Köpfen der betroffenen Eliten und - schwieriger noch - der breiten Bevölkerung zu verankern.

Die Voraussetzungen für ein stabiles Abschreckungssystem sind in Südasien (noch) nicht gegeben. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre und zuletzt 1990 befand sich die Region bereits mindestens zweimal am Rande eines Atomkrieges. Das Risiko eines Nuklearkrieges „by accident“ ist groß. Weder Indien noch Pakistan sind auf den Umgang mit Nuklearwaffen und dessen Risiken bisher vorbereitet. Südasien ist heute weltweit - vor der koreanischen Halbinsel - die Region, wo die Gefahr eines Einsatzes von Nuklearwaffen am größten erscheint.

Indiens Beziehungen zu China sind durch die Tests vom Mai 1998 nachhaltig gestört worden. Seit Mitte der achtziger Jahre war es zu einer deutlichen Annäherung der beiden Länder gekommen: Abkommen über Handelsaustausch, Einigung über konkurrierende Einflussbereiche (Tibet, Nepal) bis hin zu einem Grenzabkommen (1993) und einem Abkommen zur Truppenreduzierung entlang der gemeinsamen Grenze (1996). Symbolhaft für diese Annäherung waren der Besuch Rajiv Gandhis in Peking 1988 und der Gegenbesuch

¹⁶Vgl. israelische Aktion gegen den irakischen Reaktor Osirak im Jahre 1978.

Jiang Zemin in Delhi 1996. Andererseits hielt Peking an der Kooperation mit Pakistan fest und verunsicherte seinen südlichen Nachbarn durch den Versuch, über Myanmar (Birma) zum Indischen Ozean vorzustoßen.¹⁷ Die Umsetzung der 1996 und 1997 vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen zur Stabilisierung der militärischen Lage entlang der Kontrolllinie im Himalaja dürfte schwieriger geworden sein. Insgesamt bedeutet die offene Nuklearisierung Indiens keine direkte militärische Herausforderung Chinas, das Indien gegenüber sowohl konventionell als auch nuklear weit überlegen bleibt. Peking dürfte sich aber gezwungen sehen, den ganz auf Ostasien gerichteten Fokus seiner Außenpolitik zumindest teilweise nach Südasien zu wenden, wo ihm mit Indien ein sowohl weltanschaulicher als auch strategischer Konkurrent erwächst, der selbst seinen Einfluss nach Südostasien auszudehnen sucht.¹⁸ Für die Stabilität und Sicherheit in Südasien ist es wichtig, wie stark sich China insbesondere in einer sich zuspitzenden Konfliktsituation (z.B. um Kaschmir) auf die Seite Pakistans stellt, zu dem sich die Beziehungen vor allem auf Grund der Unterstützung der Taleban durch Islamabad verschlechtert haben. Peking wird auch nicht bereit sein, sein eigenes Nuklearpotenzial in mögliche regionale Abrüstungsvereinbarungen für Südasien einzubringen. Indien hingegen dürfte versuchen, ein parteiisches China, das zudem sein Nuklearpotenzial nicht zur Disposition stellt, von möglichen Vereinbarungen über eine südasiatische Sicherheitsordnung fern zu halten.

Im Gegensatz zum Ost-West-Konflikt handelt es sich in Südasien nicht um einen bipolaren Antagonismus, sondern um ein tripolares System, das sehr viel schwieriger zu stabilisieren ist.¹⁹

5.2 Internationale Reaktion

Die Nukleartests Indiens und Pakistans wurden weltweit von insgesamt 152 Staaten und zahlreichen internationalen Organisationen scharf verurteilt (darunter die G8, die ASEAN-Staaten und die Islam-Konferenz).²⁰ Alle sahen sie

¹⁷Heinrich Kreft, „China im Konzert der Großmächte“, in: *Internationale Politik*, 6, 1997, S.35- 40, S.39.

¹⁸Vgl. Kay Möller, „China und die südasiatische Nuklearkrise“, in: SWP-AP 3080, „Nach den Nukleartests in Südasien: Regionale und globale Auswirkungen“, September 1998, S.53f.

¹⁹Heinrich Kreft, „Indien und China zwischen Rivalität und Gegnerschaft – die indischen Atomtests und die Folgen für das indisch-chinesische Verhältnis“, in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Indien 1999 - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Institut für Asienkunde, Hamburg 1999, S.177-196.

²⁰„46 Staaten verurteilen die jüngsten Atomtests - Sondersitzung der Abrüstungskonferenz“, in: NZZ, 3. Juni 1998; David Buchan, „Moral pressure builds up over S Asia N-tests“, in:

in den Tests einen zweifachen Rückschlag für den Frieden in Südasien und vor allem für die internationalen Bemühungen, die Verbreitung von Nuklearwaffen zu stoppen. Viele Regierungen fürchteten ein Ende oder zumindest eine nachhaltige Schädigung der erfolgreichen Rüstungskontroll- und Nichtverbreitungspolitik der vorangegangenen Jahre.

Nach dem Treffen der Außenminister der fünf Kernwaffenstaaten (P 5) in Genf am 4. Juni 1998 verurteilte der VN-Sicherheitsrat bereits zwei Tage später in einer einstimmig verabschiedeten Resolution die Nukleartests und forderte beide Staaten auf, einen Dialog über alle bilateralen Streitfragen, einschließlich Kaschmir, aufzunehmen.

In den USA saß der Schock besonders tief wegen der ausgebliebenen nachrichtendienstlichen Vorwarnung, aber auch wegen der bereits eingeleiteten Aufwertung der amerikanischen Indienpolitik, die im geplanten Besuch von Präsident Clinton Ende 1998 kulminieren sollte.²¹

Ein vom Kongress mit Blick auf die Nuklearrüstung in Südasien entwickeltes System mandatorischer Sanktionen ließ der US-Regierung wenig Spielraum für diplomatische Manöver. Damit trat mit den Nukleartests quasi automatisch ein ganzes Sanktionspaket in Kraft - was Indien und Pakistan seit Jahren bekannt war.

Doch schon bald wurden Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Sanktionen laut, da die Tests trotz ihrer Androhung stattgefunden hatten, die Bereitschaft anderer Staaten, dem US-Beispiel zu folgen, gering war und die USA sich ihren diplomatischen Spielraum selbst eingeengt hatten. Darüber hinaus stieg die Befürchtung, dass ein durch die Sanktionen in den Staatsbankrott getriebenes Pakistan, Nuklear- und Raketentechnologie und -know-how an Dritte verkaufen könnte.

Es wurde daher bald erklärtes Ziel, Indien und Pakistan nicht zu isolieren, sondern einzubinden.

Zu den gemeinsamen Zielen der fünf Kernwaffenstaaten und der EU gegenüber Indien und Pakistan gehören der Verzicht auf weitere Nukleartests, die bedingungslose Unterzeichnung und Ratifikation des CTBT, die Einstellung der Produktion spaltbaren Materials, die Nichtstationierung von Trägerraketen, der Verzicht auf die Herstellung von Kernwaffen, zumindest jedoch auf die Einführung von Kernwaffen bei den Streitkräften sowie die Vereinbarung von Verifikationsmaßnahmen zur Überwachung eingegangener Verpflichtun-

Financial Times, 12. Juni 1998; Michael Elliot, „Out of Pandora’s Box“, in: *Newsweek*, 8. Juni 1998.

²¹„Verärgerung über Indien in den USA - Washington muss Sanktionen gegen Delhi verhängen“, in: *NZZ*, 13. Mai 1998.

gen. Indien und Pakistan haben bislang nur zwei der Forderungen der VN-Sicherheitsratsresolution 1172 erfüllt, nämlich die Ankündigung von Testmatorien und das Bekenntnis zur Nichtverbreitung sensitiver Technologie.

Der Atomwaffensperrvertrag gehört zum Fundament der Bemühungen der Staatengemeinschaft, eine Erosion der globalen Sicherheit zu verhindern. Sollte insbesondere Indien bei seiner Verweigerungspolitik bleiben, könnten die Atomtests in Südasien zu einem Zusammenbruch des Atomwaffensperrvertrags mit verheerenden Folgen für künftige Abrüstungsbemühungen führen.

Auch das Teststoppabkommen, das 1996 unterzeichnet wurde, war ein wichtiger Abrüstungsschritt. Das Abkommen verhindert die Entwicklung neuer Nuklearwaffen und dadurch ein neues Wettrüsten mit Nuklearwaffen.

In Indien und Pakistan gibt es auch keine zuverlässige „Kontrolle des Nuklearpotenzials im Rahmen von IAEA“ full scope safeguards. Beide sind bislang auch nicht bereit, einen Produktionsstopp von Spaltmaterial für Kernwaffenzwecke zu erklären. Die Bemühungen um ein internationales Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffenzwecke in der Genfer Abrüstungskonferenz treten auf der Stelle. Damit gibt es bislang keine verbindlichen Schranken zur Begrenzung der Möglichkeiten eines nuklearen Wettrüstens in der Region. Die von beiden Seiten erklärten Atomtestmatorien sind zwar zu begrüßen, aber nicht unumkehrbar. Das Inkrafttreten des CTBT ist sowohl wegen des Scheiterns der US-Ratifikation als auch wegen der nicht absehbaren Ratifizierung seitens Indiens und Pakistans derzeit nicht in Sicht.

Nicht erst seit dem Besuch von Präsident Clinton in Delhi mehren sich die Anzeichen dafür, die Realität der offenen Nuklearisierung in Südasien hinzunehmen. Die noch in der P-5-Erklärung vom 4. Juni 1998 und in der VN-Sicherheitsratsresolution 1172 enthaltene Forderung nach Einstellung aller Kernwaffen- und Trägerprogramme durch Indien und Pakistan sowie der Beitritt als Nichtkernwaffenstaaten zum Nichtverbreitungsvertrag werden wegen der geringen Erfolgsaussichten zunehmend weniger bzw. mit weniger Nachdruck erhoben. Stattdessen wird deutlich, dass sich die internationale Gemeinschaft mit dem Erreichen der CTBT-Ratifikation und einem Kernwaffenpotenzial auf möglichst geringem Niveau zufrieden geben könnte – wenn auch nur widerwillig auf Grund der Gefahr, potenzielle Nachahmer dadurch zu ermuntern.

6 Perspektiven und Konfliktlösungsstrategien

Angesichts der komplexen Konstellation aus nationalen, regionalen und internationalen Konflikten dürfte Südasiens eine der gefährlichsten internationalen Krisenregionen des 21. Jahrhunderts sein. Hindunationalisten in Indien und islamisch-nationalistische Parteien und Armee in Pakistan dürften auch in Zukunft kaum Zugeständnisse in der Kaschmirfrage zulassen. Auch die starke Unabhängigkeitsbewegung in Kaschmir erleichtert die Lösung nicht, da ein unabhängiges Kaschmir den Kern beider Staatsideologien treffen würde und somit für beide unannehmbar ist.

Die Konfliktlösungsvorschläge der beiden Seiten schließen sich gegenseitig aus: Indien beharrt auf einer strikten bilateralen Lösung, während Pakistan die Frage mit Hilfe internationaler Organisationen oder anderer Staaten lösen möchte.

Da der Konflikt einer der zentralen innen- und außenpolitischen Konfliktbereiche in beiden Ländern ist, dient er zugleich immer wieder zur Rechtfertigung weiterer Aufrüstung. Deshalb sind die Perspektiven für eine Eindämmung des konventionellen und nuklearen Rüstungswettlaufs in Südasiens nicht günstig.

Die Entwicklung der nuklearen Fähigkeiten von Indien und Pakistan haben eine Eigendynamik, die von außen nur sehr schwer zu beeinflussen ist. Da die Aufrüstungsprogramme dem Sicherheitsbedürfnis beider Seiten und dem Statusdenken Indiens entsprechen, kann der Rüstungswettlauf nur gestoppt oder zumindest abgebremst werden, wenn es gelingt, die Sicherheitslage in Südasiens zu verbessern. Dies dürfte aber allenfalls langfristig zu erreichen sein.

Trotz zahlreicher Begegnungen der Regierungschefs (zwischen 1980 und 1992 allein 22) konnte bislang nur eine Vereinbarung bezüglich der Nuklearprogramme erreicht werden. 1988 unterzeichneten Rajiv Gandhi und Benazir Bhutto einen Vertrag, in dem beide im Konfliktfall darauf verzichten, die Nuklearanlagen des Gegners anzugreifen. 1992 tauschten beide Länder Listen ihrer Anlagen aus. Fraglich bleibt, wie stark eine solche Vereinbarung im Konfliktfall tatsächlich wirkt.

Da der Status quo ante nicht wiederherzustellen ist,²² ist es nunmehr dringend erforderlich, die negativen Konsequenzen für die internationale Sicherheit zu begrenzen. Dazu wäre eine Einbindung Indiens und Pakistans in das nukleare Nichtverbreitungsregime durch eine CTBT-Ratifikation nicht nur im

²²John Templeman, „Mission Improbable: Declawing the New Nuclear Tigers“, in: *Business Week*, 15. Juni 1998, S.43.

Interesse einer weltweiten Ächtung von Atomtests, sondern auch ein wichtiges Mittel zur Begrenzung der Fortentwicklung von Kernwaffen in der Region. Wichtig wäre zudem ein Produktionsmoratorium für Spaltmaterial für Kernwaffenzwecke zur Begrenzung eines nuklearen Rüstungswettlaufs. Auch ein Wettlauf bei der Entwicklung und Einführung von Trägertechnologien sollte möglichst begrenzt werden. Dazu ist ein auf kooperativer Sicherheit angelegter Dialog zwischen Indien und Pakistan unabdingbar, der von außen gefördert werden könnte und sollte.

Parallel dazu ist es unabdingbar, dass Indien und Pakistan - unabhängig vom kurzfristig unlösbaren Kaschmirkonflikt - ihre bisher nur schwach ausgeprägten Fähigkeiten zum Krisenmanagement verbessern. Dazu sind bilaterale indisch-pakistanische Verhandlungen notwendig über vertrauensbildende Maßnahmen, die Errichtung eines funktionierenden „heißen Drahts“, den Aufbau verlässlicher Kommando- und Kontrollstrukturen, Vorkehrungen gegen versehentliche Raketenstarts sowie eine den regionalen Gegebenheiten angepasste rationale Nukleardoktrin auf beiden Seiten.²³ Die Übertragung der Erfahrungen aus der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit trotz fortbestehendem Antagonismus während des Kalten Krieges ist nur sehr eingeschränkt möglich; sie sollte aber daraufhin genau analysiert werden, welche Erkenntnisse sich eventuell modifiziert auf das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan übertragen lassen.

Von besonderer Bedeutung sind technische und organisatorische Maßnahmen zur sicheren Kontrolle von Kernwaffen und zur Verhinderung von ungewollten Kernwaffeneinsätzen. Sollen Atomwaffen eine politische Abschreckungsrolle haben, so bedarf es zweier gegensätzlicher Erfordernisse: Um einem Gegner das Risiko eines militärischen Angriffes glaubhaft zu machen, müssen Atomwaffen einerseits immer funktionsfähig und einsetzbar sein. Auf der anderen Seite erfordern das ungeheure Zerstörungspotenzial und die Gefahr der unkontrollierten Eskalation, dass Kernwaffen niemals irrtümlich oder von nicht dazu autorisierten Personen eingesetzt werden können. Darüber hinaus bedarf es in einer Krise leistungsfähiger Aufklärungsmittel, um gegnerische Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und katastrophale Fehleinschätzungen zu vermeiden. Im Ost-West-Kontext wurden diese Mechanismen bis zur Perfektion entwickelt (Sicherungsmechanismen für Atomwaffen, Satelliten, Aufklärungsflugzeuge usw.), im indisch-pakistanischen Verhältnis gibt es Derartiges nicht. Pakistan befürchtet - nicht ganz zu Unrecht - insbesonde-

²³Vgl. Neil Joeck, *Maintaining Nuclear Stability in South Asia*, Adelphi Paper 312, International Institute for Strategic Studies, New York 1997.

re in diesem Bereich ins Hintertreffen zu geraten, da Indien auf Grund seiner teilweise fortgeschrittenen Technologie und großen Kapazitäten entsprechende Instrumente selbst entwickeln kann.²⁴

Angesichts der regionalen Konflikte in Südasien und des Trends zur Dezentralisierung internationaler Sicherheitssysteme seit dem Ende des Kalten Krieges erscheint ein regionales Sicherheitssystem in Südasien in hohem Maße wünschenswert. Dieses könnte externe Mächte mit einschließen, wie dies im Regional Forum der Association for South East Asian Nations (ARF) geschieht. Hierbei könnte unter Umständen auf der 1985 gegründeten South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) aufgebaut werden, deren Bilanz jedoch bisher ernüchternd ist.²⁵ Die Gründung der SAARC war von Bangladesch initiiert worden, um Indien in ein Forum einzubinden, in dem es sich mit allen Nachbarn an einen Tisch setzen muss. Die informellen Gespräche der Staats- und Regierungschefs bei den SAARC-Gipfeltreffen sind dennoch zumindest wichtige vertrauensbildende Maßnahmen.²⁶

Während des Besuches von US-Präsident Clinton in Indien (22. bis 25.3.2000) wurde erneut deutlich, dass Indien nicht bereit ist, seine Nuklearoption preiszugeben. Indien verpflichtete sich aber – wie die USA –, keine weiteren Nukleartests mehr durchzuführen. Premierminister Vajpayee erklärte, dass Indien sich nicht auf ein nukleares Wettrüsten einlassen werde und auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verzichte. Der auf Grund der indischen Atomtests mit anderthalbjähriger Verzögerung stattgefundene Besuch Clintons hat die durch die Tests deutlich verschlechterten Beziehungen zwischen beiden Staaten sichtbar entspannt. Es bleibt zu hoffen, dass der Besuch die erneut auf dem indischen Subkontinent grassierenden Kriegsgerüchte wieder verstummen lässt und dazu beiträgt, dass Indien und Pakistan zum Verständigungsprozess von Lahore vom Frühjahr 1999 zurückkehren.

Als gefestigte Demokratie mit großem wirtschaftlichem Potenzial ist Indien auch ein gewichtiger Stabilitätsfaktor in der Region angesichts der wachsenden „Talebanisierungsgefahr“, die von Afghanistan ausgehend nicht nur zu einer ernsthaften Bedrohung Pakistans geworden ist, sondern auch von den

²⁴Karl-Heinz Kamp, „Command and Control of Nuclear Weapons in South Asia“, Konferenzbericht, Islamabad, Pakistan, 22.2.2000.

²⁵Zur Bedeutung der SAARC siehe Kishore C. Dash, „The Political Economy of Regional Cooperation in South Asia“, in: *Pacific Affairs*, 69, 2, Sommer 1996, S.185-209.

²⁶Vgl. Heinrich Kreft, „Der eskalierende Konflikt in Südasien“, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 1/1999, S.67-74, und ders. „China zwischen Rivalität und Gegnerschaft“, in: Werner Draguhn (Hrsg.) *Indien 1999 - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Institut für Asienkunde Hamburg 1999, S.177-195.

zentralasiatischen Staaten und selbst von der VR China als Gefahr empfunden wird.

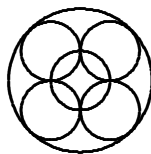
Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2000

Politik
Wirtschaft
Gesellschaft

mit Beiträgen von:

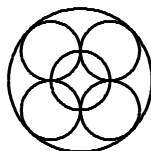
Joachim Betz
Elfriede Bierbrauer
Dirk Bronger
Julia Eckert
Sushila Gosalia
Michael von Hauff
Dagmar Hellmann-Rajanayagam
Clemens Jürgenmeyer
Heinrich Kreft
Citha D. Maaß
Sonja Majumder
Jamal Malik
Dirk Matter
Dietrich Reetz
Jakob Rösel
Hans Christoph Rieger
Dietmar Rothermund
Christian Wagner
Hans-Georg Wieck
Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Dörthe Riedel, Wiebke Timpe
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-239-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2000



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturlatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).